

Mögliche Wege zu mehr betrieblichen Ausbildungsplätzen

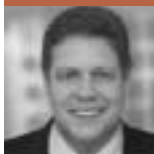
Interview mit den Berufsbildungspolitikern Willi Brase und Uwe Schummer

AM 7. MAI 2004 HAT DER DEUTSCHE BUNDESTAG NACH MONATELANGEN HEFTIGEN POLITISCHEN KONTROVERSEN DAS „BERUFSAUSBILDUNGSSICHERUNGSGESETZ“ BESCHLOSSEN. DANACH SOLL DIE BUNDESREGIERUNG EINE ABGABE ERHEBEN KÖNNEN, WENN AM 30. SEPTEMBER EINES JAHRES DIE ZAHL DER UNBESETZTEN AUSBILDUNGSPLÄTZE NICHT UM MINDESTENS 15 PROZENT HÖHER LIEGT, ALS DIE ZAHL DER NOCH NICHT VERMITTELTEN BEWERBER.

ABGABEPFLICHTIG SIND DANN BETRIEBE MIT MEHR ALS ZEHN BESCHÄFTIGTEN, BEI DENEN DER ANTEIL DER AUSZUBILDENDEN AN DER GESAMTZAHL DER BESCHÄFTIGTEN SIEBEN PROZENT UNTERSCHREITET. AUS DEN MITTELEN SOLLEN VOR ALLEM ZUSÄTZLICHE BETRIEBLICHE AUSBILDUNGSVERHÄLTNISSE BEZUSCHUSST WERDEN.

IM VORFELD DER PARLAMENTARISCHEN ENTSCHEIDUNG SPRACH DIE BWP MIT ZWEI MITGLIEDERN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES ÜBER DIE NOTWENDIGKEIT EINES SOLCHEN GESETZES UND MÖGLICHE ALTERNATIVEN.

WILLI BRASE, MdB



Mitglied der Fraktion der SPD
Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung
und Technikfolgenabschätzung

UWE SCHUMMER, MdB



Mitglied der Fraktion der CDU/CSU
Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung
und Technikfolgenabschätzung

BIBB_ Die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist bedrohlich. Trotz unterschiedlicher Parteizugehörigkeit werden Sie das ähnlich bewerten. Nur die Rezepte zur Lösung des Problems sind offensichtlich andere. Ihre Fraktion, Herr Brase, präferiert eine Ausbildungsumlage, mit der die Unternehmen, die nicht ausbilden, an den Ausbildungskosten beteiligt werden. Verspricht das eine umfassende Lösung des Problems?

Brase_ Es gibt mehr junge Leute als betriebliche Ausbildungsplätze, aber eine hohe Zahl von Unternehmen, die ausbildungsfähig sind und trotzdem nicht ausbilden. Das Bundesverfassungsgericht hat 1980 sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass es so etwas wie eine gesellschaftliche Verpflichtung der Unternehmen zur Schaffung ausreichender Ausbildungsplätze gibt und dass der Staat berechtigt ist, auf dieser Grundlage eine Sonderabgabe zu erheben. Sie muss ziel- und zweckgerichtet sein und ist vor allem gruppennützig zu verwenden. Wir wollen zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze organisieren, und wir wollen gleichzeitig die Unternehmen ein Stück weit mit einem Leistungsausgleich belohnen, die über der Quote ausbilden. Das ist kurz gesagt, die Zielsetzung unseres Gesetzesentwurfs.

Weiter wollen wir, dass existierende tarifvertragliche Vereinbarungen anerkannt werden. Wir hoffen und wünschen uns, dass es zu zusätzlichen Vereinbarungen kommt, damit am 30.9. genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen.

BIBB_ Herr Schummer: Sie sehen die Ursachen nicht nur in dem restriktiven Ausbildungsverhalten der Unternehmen, sondern auch in Problemen der Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen. Ist das richtig?

Schummer_ Das ist richtig. Im Ziel sind wir einig, dass jeder Schulabgänger eine berufliche Perspektive bekommt. Nur dafür gibt es nicht den einen Königsweg. Und zu glauben, dass mit einer Ausbildungsplatzabgabe eine Strukturreform der Berufsausbildung vorangetrieben werden kann, ist ein Irrglauben. Deshalb wollen wir ein Bündel von Maßnahmen. Dazu gehört u. a.: Wie können wir Einstiegskorridore für praktisch Begabte schaffen? Wir denken daran, dass man verstärkt die

dreijährigen Berufsbilder stufenweise organisiert. Jedes Jahr produzieren wir 100.000 berufslose junge Menschen. Da hilft keine Abgabe, sondern es müssen beschleunigt neue Berufsbilder geschaffen werden – auch für praktisch Begabte. Diese müssen stufenweise organisiert sein, damit sie nicht in Sackgassen enden. Mein Appell: Lasst uns über Maßnahmen mit den Kammern, mit den Gewerkschaften, mit der Wirtschaft, mit Bund und Ländern reden, einen wirklichen Pakt schließen, der nachvollziehbar und berechenbar ist.

BIBB Herr Brase, wie sehen Sie diese Alternativen von Herrn Schummer? Sind nicht gerade zweijährige Berufe angesichts der Prognosen über einen ständig wachsenden Qualifikationsbedarf der Wirtschaft problematisch?

Brase Wenn die Zahl der Einfacharbeitsplätze weiter sinken wird, frage ich mich, ob man über zweijährige Berufe oder angelernte Tätigkeiten das Niveau erreichen kann, das wichtig wäre. Auch erleben wir seit Jahren, dass es diese freiwilligen Verpflichtungen gibt. Tatsache ist jedoch, dass die Zahl der betrieblich angebotenen Ausbildungsplätze zurückgegangen ist. Tatsache ist auch, dass immer weniger Betriebe sich an der dualen Ausbildung beteiligen, und Tatsache ist schließlich, dass es nach wie vor junge Leute gibt, die sehr wohl in der Lage sind, eine voll qualifizierende betriebliche Ausbildung zu durchlaufen. Die jungen Leute, die wir in den letzten Jahren in Ersatzmaßnahmen gefördert haben, sind nicht immer ausbildungsunfähig. Insofern muss man schon überlegen, ob es mit den Warteschleifen so weiter gehen kann. Es geht kein Weg daran vorbei: Es gibt nach dem Grundgesetz und nach den Wertvorstellungen der SPD eine Verpflichtung von Unternehmen, sich auch an der nötigen Ausbildung von jungen Menschen zu beteiligen. Und wenn das nicht so geht, dann ist es unsere Aufgabe, zu überlegen, mit welchen Mitteln die Politik diesem Ziel ein Stück näher kommen kann.

BIBB Herr Schummer, es gibt ja in der Tat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das den gesetzlichen Auftrag der Unternehmen bestätigt hat, für ein qualitativ und quantitativ auswahlfähiges Angebot zu sorgen. Auch Betriebe bemängeln, dass nicht ausbildende Betriebe davon profitieren, von ihnen ausgebildete junge Menschen in eine Beschäftigung übernehmen zu können. Spricht das nicht für ein Umlagesystem?

Schummer Ich bin sehr dafür, dass man die Betriebe, die entsprechend der Verfassung agieren, auch unterstützt. Aber da wäre ein Bonussystem besser als eine solche Strafaktion. Ich bin auch sehr offen für regionale Bündnisse und für tarifliche oder regionale Umlagemodelle. Aber sie müssen von unten wachsen. Ich habe große Bedenken gegen eine staatliche Megabürokratie. Tatsache ist, Betriebe können nur dann ausbilden, wenn sie eine wirtschaftliche Zukunft haben. Handwerksmeister, die keine Aufträge bekommen, können keine 3jährigen Ausbildungsverträge unterschreiben. Klar ist natürlich auch, dass, wenn für die berufliche Zukunft herangebildet werden soll, der Staat substituierend gefordert ist. Aber nicht mit einem zentralistischen Moloch, sondern indem man mit



Im Gespräch (v. l.): Uwe Schummer, Folkmar Kath, Willi Brase

einer aktiven Arbeitsmarkt- und Ausbildungspolitik das korrigiert, was die Wirtschaft derzeit allein nicht schafft. Weder die Wirtschaft noch der Gesetzgeber werden es allein bewerkstelligen können. Es darf nicht wieder der Fehler wie im Bündnis für Arbeit gemacht werden, dass Vereinbarungen von sehr allgemeiner Art und nicht verlässlich nachrechenbar sind.

Brase Die Frage ist doch, wie schaffen wir es, auch zukunftsfähig gerichtet genügend Ausbildungsplätze in diesem Land zur Verfügung zu stellen? Alle freiwilligen Vereinbarungen haben letztendlich dies nicht auf den Weg bringen können. Und wenn das so ist, dann muss der Gesetzgeber handeln.

Über Grundsatzfragen der beruflichen Bildung können wir jederzeit diskutieren. Wie reformieren gegenwärtig das Berufsbildungsgesetz. Es wird im Sommer einen Referentenentwurf geben, und da werden wir sehen, wo die unterschiedlichen politischen Positionen liegen und wo wir ein Stück nach vorn kommen. Wenn die Unternehmen über 14 Milliarden im Jahr für die Berufsausbildung ausgeben und der Anteil der durch die Bundesagentur für Arbeit und der öffentlichen Hand finanzierten Maßnahmen sich auf fast 7 Milliarden addiert, dann besteht die Gefahr der Verstaatlichung der Berufsausbildung.

Wir haben in den vergangenen Jahren vergessen, darüber zu diskutieren, ob das bestehende Finanzierungssystem der beruflichen Bildung noch adäquat und zukunftsgerichtet ist. Ich behaupte nicht, dass unser Gesetzesentwurf dieses Problem alleine lösen kann, es handelt sich höchstens um einen ersten Schritt, dem andere folgen müssen.

BIBB Herr Schummer, es fällt auf, dass die heftigen Kontroversen über eine kollektive Finanzierung durch alle Arbeitgeber einmalig ist. Ich erinnere an das Beispiel Dänemark, wo die Tarifvertragsparteien gemeinsam den Gesetzgeber ermuntert haben, eine derartige Regelung gesetzlich zu verankern. Wäre nicht durch Konsens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern dem dualen System in dieser Frage besser gedient?

Schummer Sehen Sie, der Unterschied ist, dass in Dänemark die Arbeitgeber *und* die Gewerkschaften auf den Gesetzgeber zugegangen sind. Und hier wird der Gesetzgeber zum Büttel einer Tarifpartei. Tatsache ist, dass in Deutschland die Ausbildungsquote der Wirtschaft wesentlich höher ist als in Dänemark. Ge-

* Das Interview führte Folkmar Kath, Leiter der Abteilung „Struktur und Ordnung der beruflichen Bildung“ im BIBB, am 28. 4. 2004 in Berlin

genüber dem Modell dort verfügt die Berufsausbildung in Deutschland trotz aller Schwierigkeiten über das bessere Konzept. Wir sollten nochmals darüber reden, ob man nicht diesen Gesetzesentwurf zurückzieht, um statt dessen untereinander ein Bündel pragmatischer Maßnahmen zu vereinbaren. Bei dem Gesetz sehe ich eine große Gefahr der Fehlsteuerung.

Brase_ Unternehmen werden sich nicht in großem Maße freikaufen, weil es durchaus ein Interesse gibt, den eigenen Nachwuchs auszubilden und weiterzuqualifizieren. Von daher handelt es sich mehr um ein Schreckensgemälde. Wir müssen die Ausbildungschancen der Jugendlichen durch ein erhöhtes Angebot betrieblicher Ausbildungsplätze stärken. Zur Stärkung der Jugendlichen gehört auch die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes. Dabei möchte ich vor allem die Kernberuflichkeit vorantreiben.

BIBB_ Herr Schummer, auch ein Bonussystem muss sich aus einer Finanzierungsquelle speisen. Denken Sie dabei an Steuervorteile oder Prämien zu Lasten öffentlicher Haushalte?

Schummer_ Ich denke da an ein Bündel von Maßnahmen, über das man sich auf kommunaler, auf Landes- und auf Bundesebene unterhalten sollte: Erstens sollten bei öffentlichen Aufträgen bei gleichwertigen Angeboten Ausbildungsbetriebe bevorzugt werden. Weiterhin könnten die Prüfungsgebühren in den Kammerbeitrag einfließen, damit ausbildende Betriebe nicht allein die Gebühren bezahlen. Ein Konzept, das ohne organisatorischen Aufwand sofort umgesetzt werden könnte. Ein weiterer Punkt wäre, die für JUMP und andere Trainingsmaßnahmen ausgegebenen Mittel, von denen nachweislich 70% nicht in eine berufliche Perspektive führten, gezielt für die betriebliche Ausbildung einzusetzen. Wir würden die Gelder da effizient einsetzen, wo Brücken in den ersten Ausbildungsmarkt bestehen.

Brase_ Sehr spannend finde ich, ausbildende Unternehmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bei gleichwertigen Angeboten zu prämiieren. Es ist noch gar nicht lange her, da wurde dieser Vorschlag massiv kritisiert, weil darin eine Einschränkung freien unternehmerischen Handelns gesehen wurde. Ich finde es gut, dass auch die Oppositionsfraktion hier eine ethische Verantwortung sieht. Unser Entwurf für ein Berufsbildungssicherungsgesetz ist ein erster Schritt. Auch künftig müssen wir öffentliche Mittel einsetzen, wie z.B. berufsvorbereitende Bildungsaktivitäten. Man kann junge Menschen nicht von Warteschleife zu Warteschleife schicken. Aber wir sehen die Vorschläge der Unionsfraktion durchaus als eine sinnvolle Ergänzung an, die wir im Herbst mit ihr diskutieren wollen. Wenn wir es gemeinsam schaffen, im Laufe des Sommers mehr betriebliche Ausbildungsplätze zu organisieren, wird dieses Gesetz nicht zur Anwendung kommen. Offensichtlich war dieser Druck notwendig, denn erst jetzt kam es zu einem Angebot von der Arbeitgeberseite. Darin sind bekannte Aspekte, die deshalb nicht falsch sein müssen.

BIBB_ Von dem Gesetzesentwurf soll ja offensichtlich eine Drohwirkung ausgehen, weil es bisher nicht zu den von Ihnen geforderten Bündnissen gekommen ist?

Schummer_ Dieses Bündnis ist ja gerade als Ausbildungspakt angeboten worden. Nun muss man sich zusammensetzen und darüber reden. Die Vorschläge könnten bis September umgesetzt werden. Ich kann nur appellieren, dass man diesen Pakt auf seine Verlässlichkeit hin überprüft und testet. Wenn man sich auf die Abgabe verlässt, dann wird es ein Debakel geben. Wir sollten die wichtigsten Kräfte bündeln, und nicht meinen, dass wir mit einem solchen Gesetz letztendlich die Wirtschaft dirigieren könnten.

Brase_ Wir wollen keine Wirtschaft dirigieren. Wir wollen sie nur berechtigt an Pflichten und Aufgaben erinnern und, wenn es freiwillig nicht geht, über eine Handlungsmöglichkeit durch den Gesetzgeber verfügen. Wenn wir es schaffen, dass die vertragliche Vereinbarung in der großen verarbeitenden Industrie kommt, dann sind wir ein schönes Stück weiter. Ich könnte mir ebenso vorstellen, wenn der DIHK und andere zwischen 15.000 und 25.000 Plätze zur Ausbildungsvorbereitung in den Betrieben und Unternehmen organisieren, dann sind wir ebenso auf einem guten Weg. Auch mit der Weiterführung des Programms STARegio und damit über die Bündelung von Maßnahmen werden noch Verbesserungen möglich. Das sind drei konkrete Dinge, die man überprüfen kann. Bei freiwilligen Absichtserklärungen sind wir vorsichtig geworden. Würden allein die ausbildungsfähigen Betriebe ausbilden, hätten wir die notwendige Zahl betrieblicher Ausbildungsstellen weitestgehend im Griff. Deshalb bin ich dafür, dass wir dieses Instrument auf den Weg bringen.

BIBB_ Das Bundesinstitut für Berufsbildung befasst sich mit dem Thema, kann aber gleichwohl keine empirischen Ergebnisse über Umlagefinanzierungsregelungen vorweisen. Als Forschungs- und Dienstleistungseinrichtung liefert es der praktischen Politik Erkenntnisse, die ihr bei politischen Entscheidungen hilfreich sein könnten. Welchen konkreten Beitrag sollte das Bundesinstitut zu diesem Thema leisten?

Schummer_ Ich würde mir wünschen, dass das Bundesinstitut Alternativen entwickelt. Ich sehe zwei Problembereiche: erstens Hilfe bei der Lösung der Probleme von der schulischen Ausbildung in die Berufsausbildung. Hier gibt es Defizite auf Länderebene, was sich besonders auf Hauptschulabgänger ohne Abschluss auswirkt. Der zweite Problembereich ist der Übergang von der beruflichen Ausbildung zur permanenten Weiterbildung. Hier geht es insbesondere um die Entwicklung eines aussagefähigen Ausbildungspasses und die Erarbeitung von modularisierten Qualifizierungskonzepten.

Brase_ In der Stellungnahme des BIBB bei der Anhörung im zuständigen Bundestagsausschuss ist deutlich geworden, dass es so etwas wie eine Gerechtigkeitslücke gibt, die mittel- und langfristig zu schließen ist. Ich glaube, dass die Anregungen des BIBB hier und bei weiteren Problemen durch Forschung sehr hilfreich sind. Ob es um die Fragen geht, die Herr Schummer schon angesprochen hat, oder um weitergehende Ansätze. Im Zusammenhang mit der Bildungsreform erwarten wir uns in einem gemeinsamen Diskussionsprozess Unterstützung bei der Suche nach sachgerechten Lösungen.